

Steffen Mau
Roland Verwiebe
Die Sozialstruktur
Europas



UVK

UTB



UTB 3145

Eine Arbeitsgemeinschaft der Verlage

Böhlau Verlag · Köln · Weimar · Wien
Verlag Barbara Budrich · Opladen · Farmington Hills
facultas.wuv · Wien
Wilhelm Fink · München
A. Francke Verlag · Tübingen und Basel
Haupt Verlag · Bern · Stuttgart · Wien
Julius Klinkhardt Verlagsbuchhandlung · Bad Heilbrunn
Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft · Stuttgart
Mohr Siebeck · Tübingen
Orell Füssli Verlag · Zürich
Ernst Reinhardt Verlag · München · Basel
Ferdinand Schöningh · Paderborn · München · Wien · Zürich
Eugen Ulmer Verlag · Stuttgart
UVK Verlagsgesellschaft · Konstanz
Vandenhoeck & Ruprecht · Göttingen
vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich

Steffen Mau, Roland Verwiebe

Die Sozialstruktur Europas

UVK Verlagsgesellschaft mbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8252-3145-3

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede
Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne
Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für
Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung
und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz 2009

Einbandgestaltung: Atelier Reichert, Stuttgart
Satz und Layout: PTP-Berlin Protago- $\text{\TeX}$ -Production GmbH, Berlin
(www.ptp-berlin.eu)
Druck und Bindung: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm

UVK Verlagsgesellschaft mbH
Schützenstr. 24 · D-78462 Konstanz
Tel.: 07531-9053-0 · Fax: 07531-9053-98
www.uvk.de

Inhalt

1	Einleitung und konzeptionelle Vorüberlegungen	7
Teil I: Das europäische Gesellschaftsmodell aus historischer Perspektive		13
2	Gemeinsamkeiten und innereuropäischer Austausch	15
2.1	Territorialität, Grenzen und interne Strukturierung	15
2.2	Europa als Raum von gemeinsamen Werten	22
2.3	Europa als Erfahrungs- und Lebensraum	25
3	Sozialstrukturelle Charakteristika Europas	29
3.1	Das europäische industriegesellschaftliche Modell	30
3.2	Klassen und sozialstrukturelle Differenzierungen	38
3.3	Das europäische Sozialmodell	43
Teil II: Europäische Gesellschaften im Vergleich		51
4	Ordnungsmodelle und institutionelle Arrangements	53
4.1	Wohlfahrtsstaatsregime	54
4.2	Bildungsinstitutionen	65
4.3	System der Arbeitsbeziehungen	73
5	Bevölkerung und Familie	85
5.1	Bevölkerungs- und Altersstruktur	87
5.2	Geburten- und Mortalitätsentwicklung	93
5.3	Familienstrukturen	101
6	Migration	111
6.1	Wanderungsgeschehen	113
6.2	Bevölkerung mit Migrationshintergrund	115
6.3	Migrationssysteme	119
7	Arbeitsmarkt und Erwerbsarbeit	128
7.1	Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und materieller Wohlstand	130
7.2	Erwerbsbeteiligung	134
7.3	Arbeitslosigkeit	137
7.4	Sektoraler und berufsstruktureller Wandel	141
7.5	Soziale Mobilität	150
8	Bildung	159
8.1	Bildungsausgaben	162
8.2	Verteilung von Bildungschancen	163
8.3	Bildungsungleichheit innerhalb der EU-Mitgliedsländer	169

9	Soziale Ungleichheit	176
9.1	Einkommensungleichheit	178
9.2	Vermögensungleichheit	189
9.3	Armut	192
10	Lebensqualität	203
10.1	Wohnen	205
10.2	Umwelt	213
10.3	Gesundheit	217
10.4	Zeitverwendung	225
Teil III: Europäische Vergesellschaftung und europäische Integration		233
11	Institutionelle und politische Aspekte der Europäisierung	235
11.1	Geschichte der europäischen Integration	235
11.2	Institutioneller Integrationsmodus und Demokratiefähigkeit der EU	243
11.3	Soziale Integrationsleistungen der EU	246
12	Europäische Ungleichheitsdynamik	255
12.1	Neue Gruppen: Gewinner und Verlierer	255
12.2	Das innereuropäische Wohlfahrtsgefälle und die Rolle der Regionen	264
13	Horizontale Europäisierung	270
13.1	Die Infrastruktur der horizontalen Europäisierung	271
13.2	Transnationale Erfahrungen und Begegnungen	275
13.3	Innereuropäische Migration	286
14	Subjektive Europäisierung	295
14.1	Unterstützung für die Europäisierung	296
14.2	Nationale und europäische Identität	302
14.3	Das Verhältnis der Europäer zueinander	307
15	Fazit: Aufstieg einer europäischen Gesellschaft?	313
Literatur		321
Abbildungsverzeichnis		362
Verzeichnis der Schaubilder		362
Tabellenverzeichnis		363
Sachregister		365

1 Einleitung und konzeptionelle Vorüberlegungen

Definition

Die Sozialstruktur ist die relativ dauerhafte Gliederung und Ordnung einer Gesellschaft nach soziologisch relevanten Merkmalen, d. h. nach vertikalen Statusabstufungen, wie sie in Begriffen wie Klasse, Schicht und Stand ausgedrückt werden, nach demografischen Merkmalen wie Geschlecht, Alter oder ethnische Zugehörigkeit und nach Dimensionen der Ungleichverteilung von Gütern und Positionen.

In der Regel beschäftigt sich die Sozialstrukturanalyse mit sozialstrukturellen Differenzierungen und Ungleichheiten innerhalb von Nationalstaaten. Zentrale Konzepte der Sozialstrukturforschung wie Klassen, Berufsgruppen, Einkommensverteilungen, Mobilität und Bildung sind innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens entwickelt und auf ihn angewandt worden. Dabei arbeitet die Sozialstrukturforschung mit den Prämissen, dass es sich bei einer Nationalgesellschaft um ein integriertes Ganzes handelt, dass eine Gesellschaft Mitglieder hat, und dass es zwischen den gesellschaftlichen Gruppen geregelte soziale Beziehungen gibt. Ebenso beruhen die Maßstäbe und Vergleichsgesichtspunkte des Mehr oder Weniger, auf die die Ungleichheitsanalyse angewiesen ist, letztlich auf Vorstellungen einer nationalen Sozialstruktur. Historisch lässt sich sogar zeigen, dass die Entstehung moderner Konzepte der Ungleichheit eng mit dem Entstehen der Nationalstaaten verbunden war (Eder 1990). Allgemein kann gesagt werden, dass die Thematisierung sozialer Ungleichheit an die Unterstellung eines gemeinsamen Lebenszusammenhangs oder zumindest eines gemeinsamen Bezugsrahmens geknüpft ist (Hondrich 1984). »Anders ausgedrückt, nur wenn eine besondere gesellschaftliche Zusammengehörigkeit zwischen armen und reichen, gebildeten und ungebildeten, mächtigen und ohnmächtigen Individuen, Gruppen oder auch Regionen vorausgesetzt werden kann, kann die Ungleichheit zwischen ihnen (und eventuell auch: deren Überwindung) zu einem sinnvollen Thema werden. Ist dies nicht der Fall, so ist schwer einzusehen, was ein Arbeiter in Hamburg mit einem Arbeiter in Dresden, mit einer Hausfrau in Oberammergau oder mit einem Unternehmer in Berlin zu tun hat und warum sie alle in einer Ungleichheitsordnung einen Platz einnehmen sollten.« (Kreckel 2004: 24)

Sozialstruktur,
Ungleichheits-
soziologie und
Nationalstaat

die Welt der
National-
staaten und
der »metho-
dologische
Nationa-
lismus«

Die Welt der europäischen Nationalstaaten ist jedoch durch Prozesse der europäischen Integration, Globalisierung und Internationalisierung in Bewegung geraten. Mit der bisherigen Fokussierung auf die Nationalgesellschaft ist die Sozialstrukturforschung nicht in der Lage, diesen Prozessen gerecht zu werden. Wenn Wohlstandsgefälle Migrationsbewegungen auslösen oder Investoren wie Nokia aufgrund der Unterschiede im Entlohnungsniveau ein Werk von Bochum nach

Rumänien verlegen, dann geraten Zusammenhänge in den Blick, die über die nationalgesellschaftlichen Grenzen hinausweisen. Der Soziologie insgesamt wie auch der Ungleichheits- und Sozialstrukturforschung im Speziellen ist daher auch ein »methodologischer Nationalismus« vorgehalten worden (Bayer et al. 2008; Beck 1991; Giddens 1995; Wallerstein 1983), da sie oft unhinterfragt von einer Kongruenz von territorialen, politischen, kulturellen, ökonomischen und gesellschaftlichen Grenzen ausging und damit die Ausdehnung der Gesellschaft weitgehend mit dem staatlichen Territorium gleichsetzte (Beck 1997). Dieses Modell des territorial wie sozial abgeschlossenen Nationalstaates ist auch als »Container-Modell« bezeichnet worden (Agnew/Corbridge 1995).

Wir werden in diesem Studienbuch argumentieren, dass die Europäische Gemeinschaft eine wichtige neue Bezugsebene für die soziale Strukturierung ist. Durch die europäische Integration, also durch »Verflechtung, gegenseitige [...] Abhängigkeit, Gemeinschaftsbildung und Solidarität« (Immerfall 2000: 487), wird ein neuer Raum sozialer Vergesellschaftung geschaffen, der bisher nationalstaatlich besetzte Handlungsbereiche neu definiert. Die EU ist nicht nur ein intergouvernementales Arrangement zur Harmonisierung von Marktordnungen, sondern ein »Herrschaftsverband eigener Prägung« (Lepsius 2000b: 201) mit starken sozialen Folgewirkungen für die Lebens- und Wohlfahrtschancen der Menschen in den Mitgliedsländern. Deshalb ist auch von der »Europäisierung nationaler Gesellschaften« (Bach 2000b) oder, spezieller für den hier thematisierten Bereich von der »Europäisierung der Sozialstrukturen« (Schäfers 1999) gesprochen worden. Eine umfassende soziologische Beschreibung der gesamtgesellschaftlichen Wirkungszusammenhänge, d.h. wie der wirtschaftliche, politische und soziale Einigungsprozess hinsichtlich einer europäischen Gesellschaftsbildung und Sozialstruktur wirkt, ist allerdings immer noch ein »Desiderat der Forschung« (Bach 2000a: 14).

Europäisierung
versus
Globalisierung

Die Europäisierung der Sozialstrukturen ist etwas grundlegend anderes als die Globalisierung der Sozialstruktur: Europa, oder spezieller die Europäische Union, tritt als neue Aggregationsebene in Erscheinung, die zwar die Nationalstaaten nicht ablöst, aber neue Formen der vertikalen und horizontalen Verflechtung hervorbringt. Einstmals tendenziell voneinander isolierte Bevölkerungen treten miteinander in Kontakt, Grenzen werden deinstitutionalisiert, Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen können frei zirkulieren, Arbeitsmärkte »europäisieren« sich, Bildungsinstitutionen werden vereinheitlicht, und die Europäische Union entwickelt regulative und redistributive Interventionsformen. Während die Globalisierungsperspektive davon ausgeht, dass sich die Möglichkeiten, durch Regierungshandeln auf die Verteilung von Wohlstand und Lebenschancen Einfluss zu nehmen, drastisch verkleinern, fokussiert die Europäisierungsforschung auf eine neue Gestaltungsebene zwischen Nationalstaat und Weltgesellschaft (Bach et al. 2006; Beck/Grande 2004; Outhwaite 2008; Rumford 2008).

Jeder Sozialstrukturforscher, der sich des Themas Europa annimmt, muss sich der Frage stellen, welches die geeigneten Konzepte, Bezugsgrößen und Indikatoren einer Vermessung der europäischen Sozialstruktur sind. Dabei stellen sich

zwei Alternativen: Entweder bezieht man sich auf die einzelnen Mitgliedsstaaten als die zentralen Zurechnungsebenen für soziale Ungleichheit und nimmt eine vergleichende Perspektive ein, oder man bezieht sich auf Europa als Ganzes.

Innerhalb der auf Europa hin orientierten Sozialstrukturanalyse haben sich seit Mitte der 1990er-Jahre vor allem die komparativen Ansätze etabliert (siehe Boje et al. 1999; Crouch 1999; Glatzer 1993; Hradil/Immerfall 1997; Immerfall 1995; Thernborn 1995). Geeint sind sie durch den Versuch, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den europäischen Ländern herauszuarbeiten. Die komparative Forschung und auch das Berichtswesen der Europäischen Union haben in den letzten Jahrzehnten einen umfangreichen Bestand an Vergleichsdaten aufgebaut, der es ermöglicht, ganz verschiedene Aspekte der europäischen Gesellschaften vergleichend abzubilden. Durch die empirische Forschung ist beispielsweise mit dem Eurobarometer (EB), dem European Community Household Panel (ECHP) oder dem European Quality of Life Survey (EQLS) eine Vereinheitlichung von Instrumentarien und damit auch eine bessere Vergleichbarkeit vorangetrieben worden. Neben diesen komparativen Zugängen wird es zukünftig jedoch auch immer wichtig werden, auf die sich herausbildenden Interaktionen und Wechselwirkungen zwischen den EU-Mitgliedsländern und ihren nationalen Gesellschaften Bezug zu nehmen (Kaelble 1987; 2005). Dies ist die Perspektive der soziologischen Europäisierungsforschung. Sie beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit durch Entgrenzung und supranationale Vergemeinschaftung auch ein neuer Raum sozialer Interaktion herausgebildet wird, so dass nationale Sozialstrukturen nicht mehr als isolierte und unabhängige Einheiten betrachtet werden können.

komparative
Ansätze

Verflechtung
und
horizontale
Europäisierung

Die europäische Integration lässt sich demnach auch als ein Prozess der Relationierung nationaler Sozialstrukturen beschreiben (Abb. 1). In Wirtschaft und Politik wirken europäische Verflechtungsprozesse zunehmend unmittelbar in die nationalen Binnenverhältnisse ein, so dass von einer nationalen Handlungsautonomie nicht mehr ausgegangen werden kann. Weiterhin kommt es zu einem größeren Austausch und engeren sozialen Beziehungen zwischen den nationalen Gesellschaften. Zudem ist die Europäische Union selbst zum verteilungspolitischen Akteur geworden, der durch regulative wie auch distributive Maßnahmen ein innereuropäisches Management sozialer Ungleichheit vornimmt. Schließlich verschieben sich auch Horizonte der Bewertung und Bewältigung ungleicher sozialer Positionen und Verteilungen. Das Beziehungsgefüge, in welchem sich Menschen und Gruppen verorten, vergrößert sich. Beck und Grande (2004: 268) unterstreichen, dass mit dem Abbau der Grenzen das »explosive Potential europäischer Grenzen nicht etwa entschärft wird, sondern hervorzubrechen droht, weil die Wahrnehmungsbarrieren nationaler Unvergleichbarkeit abgebaut, also gleiche Ungleichheiten gleich bewertet und entsprechende Angleichungen eingeklagt werden«. Vor diesem Hintergrund muss die Sozialstrukturforschung die Europäisierung der Gesellschaften Europas mit erfassen. Dies bezieht sich auf die Verflechtungen und Wechselwirkungen zwischen den nationalen Gesellschaften und die Frage nach neuen Konflikt- und Spannungslinien, die spezifisch europäische

Wahrnehmung
und
Zurechnung
sozialer
Ungleichheit

Abb. 1 | Die Relationierung nationaler Ungleichheits- und Sozialstrukturen

Nationalstaat	→	Europa
Nationaler Container		Supranationale Gemeinschaftsbildung
Grenzen als Interdependenzunterbrecher		Horizontale Verflechtung
Invisibilisierung externer Ungleichheiten		Wahrnehmung und Problematisierung europäischer Ungleichheit
Nationale Umverteilung		Europäisches Management sozialer Ungleichheit

sind und durch einen ausschließlich nationalstaatlichen Bezug zur Zurechnungseinheit Nationalstaat nicht mehr verstanden werden können (Bach 2000c; Delhey 2005; Haller 1988; Immerfall 2006; Klausen/Tilly 1997; Outhwaite 2008; Rumford 2008).

Dieses Studienbuch stellt einen ersten Versuch dar, die Sozialstruktur Europas sowohl vergleichend darzustellen, als auch der Tatsache der zunehmenden Verflechtung zwischen den europäischen Gesellschaften Rechnung zu tragen – natürlich ohne dabei eine vollständige Darstellung eines abgeschlossenen Gegenstandsbereiches bieten zu können.

Mit jetzt 27 Mitgliedsländern und fast 500 Millionen Menschen ist die Mehrzahl der Länder und Einwohner Europas in die Europäische Union als Form der supranationalen Gemeinschaftsbildung einbezogen. Daher erscheint es uns gerechtfertigt, unseren Gegenstand, die europäische Sozialstruktur, in erster Linie über die gegenwärtige territoriale und mitgliedschaftliche Ausdehnung der Europäischen Union zu bestimmen. Die systematische Einbeziehung aller Mitgliedsländer der EU bietet die Möglichkeit, stärker auf Unterschiede im Ost-West-Vergleich einzugehen, als dies in vielen auf Westeuropa fokussierten Publikationen getan wird. Den Lesern wird auffallen, dass die Datenlage für die einzelnen Teilbereiche von unterschiedlicher Qualität ist. Amtliche und sozialwissenschaftliche Datenerhebungen weichen selten vom Nationalstaat als der zentralen Zurechnungseinheit ab, und die Versuche einer europäischen Sozialstrukturanalyse stecken noch in den Kinderschuhen.

Dieses Studienbuch ist in drei größere Bereiche unterteilt. Zunächst beginnen wir mit einem historisch orientierten ersten Teil, welcher sich mit Fragen der territorialen und sozialen Ordnung Europas beschäftigt. Dabei wird dargestellt, auf welche Weise die Grenzen Europas konstituiert wurden und welche wechselnde Geografie damit verbunden ist. Zugleich wird der Zusammenhang zwischen territorialer Ausdehnung und der europäischen Bevölkerung deutlich gemacht. Im historischen Prozess stellt sich Europa keineswegs als einheitliche und in sich homogene Makroordnung dar, sondern als horizontal segmentiert. Maßgeblich dafür ist vor allem das nationalstaatliche Modell der Vergesellschaftung. Dennoch gilt für Europa, dass es eine ganze Reihe von europäischen Gemeinsamkeiten und

Formen des Austausches gibt. So lässt sich ein europäisches industriegesellschaftliches Modell mit eigenen Sozial- und Erwerbsstrukturen, typischen institutionellen Ausformungen des Verhältnisses von Staat, Markt und Familie, spezifischen Formen sozialer Klassen und Klassenkompromissen identifizieren. Sowohl horizontale Verflechtungen wie auch die Herausbildung ähnlicher sozialer Strukturen stellen die Basis dafür dar, in Europa mehr als eine zufällige Anordnung geographisch benachbarter Länder zu sehen.

Im zweiten Teil des Buches wird die komparative Perspektive eingenommen. Zunächst wenden wir uns der Charakterisierung unterschiedlicher institutioneller Arrangements und Ordnungsmodelle innerhalb Europas zu, so hinsichtlich wohlfahrtsstaatlicher Organisation, der Bildungsinstitutionen und der Systeme der Arbeitsbeziehungen. Im Anschluss werden die EU-Länder hinsichtlich ihrer demografischen Struktur, d. h. Bevölkerungs- und Altersstruktur, Geburten- und Mortalitätsentwicklung und Familienstrukturen, verglichen. Ein weiteres Kapitel widmet sich der Veränderung der Sozialstrukturen durch Wanderung und stellt das Wanderungsgeschehen und die Migrationssysteme dar. Im Kapitel zum Arbeitsmarkt werden die wirtschaftliche Wertschöpfung, die Erwerbsbeteiligung, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, der sektorale und berufsstrukturelle Wandel und die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt in den EU-Ländern dargestellt. Auf dieses Kapitel folgen Überlegungen zur Bildungsungleichheit in Europa. Anschließend geht es um klassische Parameter sozialer Ungleichheit wie Einkommen, geschlechtsspezifische Ungleichheiten, Vermögen und Armut. In einem letzten Kapitel des zweiten Teils werden ausgewählte Bereiche der Lebensqualität in den europäischen Ländern vergleichend dargestellt.

Der dritte Teil bezieht sich auf neuere sozialstrukturelle Entwicklungen im Zusammenhang mit der europäischen Integration. Zwar ist die europäische Integration ein politisch initiiertes Großprojekt, aber sie zeitigt Folgen für die Lebensbedingungen und Lebenschancen von Individuen und verkoppelt nationale Ungleichheitsregime miteinander. Eingangs werden die institutionellen und politischen Rahmenbedingungen der Europäisierung vorgestellt. Im dem daran anschließenden Kapitel wird die Frage aufgeworfen, welches die neuen Ungleichheits- und Konfliktstrukturen sind, die im Zuge des Europäisierungsprozesses an Gewicht gewinnen. Im Kapitel 13 wird nach den Formen und der Dichte der horizontalen Europäisierung gefragt, also danach, wie sich ein europäischer Erfahrungs- und Sozialraum konstituiert. Schließlich geht es um die »subjektive Europäisierung«, also welche Rolle die Europäische Union bzw. Europa in den Köpfen der Bürger spielt.

Unser Dank gilt allen, die das Entstehen dieses Buches unterstützt haben. Martin Groß und Holger Lengfeld danken wir für die Durchsicht des gesamten Buchs. Ihre Anregungen waren sehr wertvoll. Einzelne Kapitel wurden kritisch von Sonja Drobníč, Johannes Giesecke, Katja Marjanen und Patrick Sachweh kommentiert. Niels Winkler, Djubin Pejouhandeh und vor allem Patrick Präg danken wir für die große Unterstützung bei der Sammlung statistischer Daten, der Erstellung von

Grafiken und der Literaturrecherche. Mit Patrick Präg haben wir gemeinsam das Kapitel 10 verfasst. Er hat ebenfalls das gesamte Studienbuch kritisch durchgesehen. Teile der Abschnitte 13.1 und 13.2 gehen auf gemeinsame Publikationen von Steffen Mau und Sebastian Büttner zurück. Das Korrektorat des Textes haben Susanna Kowalik und vor allem Jana Fröbel besorgt. Schließlich möchten wir uns bei Sonja Rothländer von der UVK Verlagsgesellschaft Konstanz bedanken. Ohne ihr Interesse und ihre fachliche Beratung wäre dieses Buch nicht zustande gekommen.

Berlin, September 2008

Steffen Mau
Roland Verwiebe

Teil I:

**Das europäische Gesellschaftsmodell
aus historischer Perspektive**

2 Gemeinsamkeiten und innereuropäischer Austausch

Aus der gemeinsamen Geschichte, der geografischen Lage, den gemeinsamen zivilisatorischen Errungenschaften, den Ähnlichkeiten in Gesellschaft, Kultur und Politik, den dichten Formen von Verbundenheit und Austausch und den geteilten Werten bezieht die europäische Integration ihre Kraft und Legitimation. Die oft beschworene »Einheit in der Vielfalt« bezieht sich genau auf dieses Fundament an Gemeinsamkeiten, welches die Grundlage des Integrationsprozesses darstellt. In den nächsten Abschnitten sollen diese Bestände an Gemeinsamkeit dargestellt werden. Wir beginnen dabei mit der Territorialität und den Grenzen Europas, welche bis heute zu den schwierigsten Themen im europäischen Integrationsprozess gehören, weil sie auch die Fragen der Erweiterung der EU und möglicher neuer Beitrittsländer berühren. Zugleich wird gezeigt, welche internen und dauerhaften Differenzierungen sich im sozialen und ökonomischen Raum Europas herausgebildet haben. Daran anschließend wird die gemeinsame Wertebasis Europas charakterisiert, welche auch die Grundlage für Ideen der Integration und des Zusammenschlusses bildet. Im dritten Abschnitt geht es aus historischer Perspektive um Fragen der Vernetzung und Verflechtung innerhalb Europas. Dabei wird argumentiert, dass Europa trotz aller Verwerfungen auch immer ein Raum der sozialen Kommunikation und des Austausches war.

2.1 Territorialität, Grenzen und interne Strukturierung

Definition

Ein Territorium bezeichnet eine geografische Gebietseinheit, welche aufgrund topologischer, politischer oder sozialer Merkmale abgrenzbar ist. Im Völkerrecht bezeichnet Territorium das Hoheitsgebiet eines Staates.

Historische Grenzziehungen

Die Bestimmung der Grenzen des Kontinents Europas ist kein einfaches Unterfangen. Aus historischer Sicht kann man die geografisch-topologische Bestimmung von der historisch-kulturellen Dimension unterscheiden (Haller 1988). Topologisch geht es zunächst um die Bestimmung einer territorialen Einheit, welche durch »Grenzen« von benachbarten Territorien abgegrenzt ist. Der aus dem Lateinischen kommende Begriff Kontinent bedeutet »zusammenhängendes Land«. Im heutigen Sprachgebrauch verwenden wir ihn vornehmlich für die

Europa als
Konstrukt

Bezeichnung eines Festlandes oder der Erdteile. Die territoriale Ausdehnung Europas wird im Westen vom Atlantischen Ozean, im Norden von der Nordsee und im Süden durch das Mittelmeer begrenzt. Nur im Osten gibt es keine klare morphologische Abgrenzung. Europa und Asien bilden eine zusammenhängende Landmasse und können auch als Großkontinent angesehen werden, der vornehmlich durch politische, kulturell-religiöse und ideologische Grenzziehungen aufgeteilt wurde. Die Landgrenze zwischen Europa und Asien ist historisch keineswegs stabil gewesen: Uneinheitliche und wechselnde Festlegungen gab es zwischen dem Kaspischen und dem Schwarzen Meer. Die Griechen sahen den Bosphorus und den Kaukasus als Grenzen Europas an. Im Mittelalter waren es dann der Bosphorus und der Fluss Don. Über diese Grenzen entstanden politische und auch wissenschaftliche Auseinandersetzungen, die bis in die Neuzeit andauerten. Insbesondere die Zuordnung von Russland war unter den Geografen umstritten (Münkler 2005). Seit 1725 begannen sie verstärkt, die Landmasse am Ural in einen asiatischen und einen europäischen Teil zu untergliedern, obwohl das Gebirge nicht einmal als russische Provinzgrenze diente (Demel 2000: 16). Auf den mittelalterlichen Seekarten wurden die Umrisse des europäischen Kontinents schließlich für die Allgemeinheit sichtbar gemacht. Diese Abgrenzung von Asien spiegelte sich auch in einem Eurozentrismus der früheren europäischen Geschichtsschreibung wider, der den Einfluss Asiens auf die europäische Entwicklung als eher schwach ansah (Kühn 1976). Es schälte sich damit eine Vorstellung über die räumliche Ordnung der Welt heraus, in welcher Europa einen eigenständigen Platz innehatte. Heute markieren der Ural und das Uralgebirge, das Schwarze Meer, der Bosphorus und das Marmarameer die Grenze zwischen Europa und Asien.

das Zusammen-
spiel religiöser
und
geografischer
Grenzen

Für die europäische Kultur- und Sozialgeschichte gilt, dass kein fester Begriff von Europa existierte, welcher für verschiedene Epochen gleichermaßen Definitionsmacht beanspruchen konnte: Europa ist daher ein Konstrukt mit sehr unterschiedlichen historischen Bedeutungen (Landwehr/Stockhorst 2004). In der Antike galt Europa vornehmlich als kartografischer Begriff, welcher zudem noch uneinheitlich bestimmt wurde. Im Mittelalter spielte der Begriff Europa keine große Rolle, man sprach eher von *christianitas* (Hiestand 1991). Viel wichtiger als die territorial-geografische Bestimmung von Gemeinsamkeit waren die Zugehörigkeit zur Kirche des Papstes und damit die kirchlich-religiöse Einheit und die Abgrenzung vom Orient. Dies gilt auch vor dem Hintergrund eines religiös gespaltenen Kontinents mit einem katholischen Westen und einem byzantinischen Osten.

Die territoriale Strukturierung Europas

Die Herausbildung des neuzeitlichen Europas vollzog sich in einer längeren historischen Phase und war durch zahlreiche Konflikte geprägt. Diese entstanden einerseits durch religiöse und weltanschauliche Differenzen, aber auch durch ungleiche Entwicklungsdynamiken in den einzelnen Regionen. So gab es dünn besiedelte Randzonen in Europa, die lange von zentralen Entwicklungen abgekoppelt

waren, und bevölkerungsreiche Kernzonen. Der Handel und die Kommerzialisierung wirtschaftlicher Beziehungen im 16. Jahrhundert sorgten zwar dafür, dass immer mehr Gebiete in ein Netz ökonomischer Verflechtung eingebunden wurden, aber auch schon zu dieser Zeit war Europa kein einheitliches und homogenes Gebilde. Das Deutsche Reich, die Schweiz, die Britischen Inseln, Frankreich und die Niederlande können in gewisser Hinsicht als »Kernraum« Europas angesehen werden, weil sie in kultureller, ökonomischer und politischer Hinsicht auf den Rest des Kontinents ausstrahlten (Demel 2000). Auch die italienischen Stadtstaaten zählen durch die Entwicklungen in Wirtschaft, Kunst und Kultur vom 13. bis zum 16. Jahrhundert zu den wichtigen Zentren. Dadurch kam es zu einer wechselseitigen Beeinflussung unterschiedlicher Regionen und die Unterschiede in den Lebensverhältnissen oder der wirtschaftlichen und sozialen Dynamik gaben Anlass zu verschiedenen Formen sozialer Mobilisierung. So erklären Historiker den Ausbruch der Französischen Revolution unter anderem mit der vergleichsweise Rückständigkeit Frankreichs gegenüber dem Mutterland der Industrialisierung England. Das neue Bürgertum und das Proletariat der Städte schöpften ihre Unzufriedenheit und ihre politischen Forderungen auch aus dem Vergleich mit dem wirtschaftlich entwickelteren England (Hernstedt 1965).

Kerneuropa

Es gibt zahlreiche Versuche, Europa in Makroregionen zu unterteilen, so durch die Erfassung von sozial, wirtschaftlich und kulturell verdichteten Räumen. Walter Christaller (1950), der Mitbegründer der modernen Regionalökonomie, hat in seinem Konzept die Funktionen und vielfältigen Vernetzungen zentraler Orte in den Mittelpunkt gestellt. Er entwickelte ein Modell der räumlichen Gliederung Europas, welches neun Subregionen mit bestimmten Siedlungs-, Produktions- und Kommunikationsstrukturen umfasst. Diese Unterteilung ist anhand der Nord-Süd- und West-Ost-Achse geordnet und identifiziert Deutschland und die Beneluxländer als geografische Hauptzentren, umgeben von einer Reihe von Subzentren wie Frankreich, Italien, der ehemaligen Habsburgermonarchie (Österreich, Ungarn, Böhmen) und Skandinavien. Als Peripherieregionen werden die Iberische Halbinsel, der Nordwesten Großbritanniens, Irland, der Balkan, Polen und das Baltikum angesehen. Die makroterritoriale Ausdifferenzierung Europas ist auch auf die einsetzende internationale Arbeitsteilung zurückzuführen (Haller/Höllinger 1995). So argumentiert Wallerstein (1983), dass es Kern- und Zentrumsländer gibt, die in der Lage sind, die umliegenden Peripherien auszubeuten und in Abhängigkeit zu halten.

Modell
zentraler Orte

Im Zeitalter der Industrialisierung kam es zu einer Stärkung der ökonomischen Zentren in Nordwesteuropa. Grundlage des früh einsetzenden Industrialisierungsprozesses waren die hier vorhandenen Steinkohlevorkommen. Sie waren die Basis für die Ansiedlung der Grundstoffindustrien und weiterer energieabhängiger Branchen. Infolge der Intensivierung von Produktion, Kommerz und Handel kam es zu großen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen. Insbesondere in England veränderte sich die Sozialstruktur mit einer raschen Abnahme der Agrarbevölkerung, der Urbanisierung und der Entstehung industrieller Klassen. Diese Entwick-

die blaue
Banane

lung nahm Einfluss auf Länder wie Holland und Belgien, auf entstehende industrielle Kerne in Deutschland, aber auch auf Nordeuropa. Zwischen diesen Regionen kam es zu dichten wirtschaftlichen Austauschbeziehungen. Ein Modell, welches diese Entwicklung abbildet, ist das der »blauen Banane«, entwickelt von dem Franzosen Roger Brunet (1989). Es bezeichnet einen langen Korridor von Industrie- und Dienstleistungsregionen. Dieser verbindet die Regionen Mittelenglands (Manchester, Birmingham) mit dem Großraum London, durchzieht die Benelux-Länder, Deutschland und die Schweiz und endet in den industriellen Zentren um Genua, Mailand und Turin. Alle Regionen der »blauen Banane« sind durch eine hohe Bevölkerungsdichte, ein engmaschiges Netz an Infrastruktur, hohe Produktivität und wirtschaftliche Verflechtung gekennzeichnet. Wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Regionen sind die enge Zusammenarbeit voneinander abhängiger Wirtschaftszweige und die Anbindung an europäische wie internationale Verkehrswege. Brunet sieht die »blaue Banane« als unmittelbare Folge historischer Entwicklungen, so durch bedeutende Handelswege und Prozesse der Akkumulation des industriellen Kapitals.¹ Eine Erweiterung erfährt das Modell durch die »goldene Banane« (europäischer *sunbelt*), die sich an der Mittelmeerküste über Nizza, Marseille, Montpellier und Barcelona bis nach Valencia zieht (Schaubild 1).

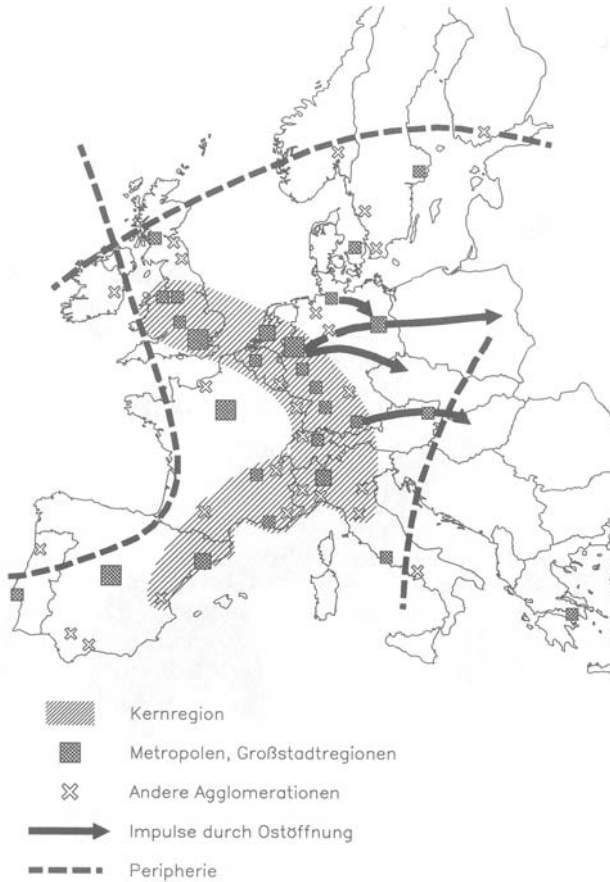
Zentrum-
Peripherie-
Model

Während diese Modelle räumlicher Strukturierung geeignet sind, wirtschaftliche Gefälle innerhalb Europas zu beschreiben, bleiben sie wenig aussagekräftig im Hinblick auf kulturelle und politische Faktoren (Haller/Höllinger 1995). Der norwegische Politikwissenschaftler Stein Rokkan (2000) hat ein Modell zur räumlichen Strukturierung Europas entwickelt und unterscheidet Zentren und Peripherien. Nach Rokkan war der sich seit dem 13. Jahrhundert entwickelnde westeuropäische Städtegürtel für spätere Entwicklungen prägend: Es gab dort einen dynamischen Handelskapitalismus, eine gut entwickelte Agrarwirtschaft, ein Netzwerk hochgradig autonomer Städte, eine gemeinsame Religion und einen auf das römische Recht zurückgehenden Korpus tradierter Normen. Alle Versuche neuer Zentrumsbildungen scheiterten in dieser Region bis zum 19. Jahrhundert. Die Variationen der späteren Staaten- und Nationenbildung erklärt Rokkan anhand der West-Ost-Achse mit einer hoch monetarisierten Ökonomie im Westen und der Dominanz der Landwirtschaft im Osten (Flora 2000). Zugleich gab es grundlegende Unterschiede in den politischen Strukturen. In Westeuropa entstanden durch das Netzwerk und die Stärke autonomer Städte eher föderative Strukturen, während Mittel- und Osteuropa von Imperien bestimmt war, was stärker zentralistische Strukturen zur Folge hatte. Die Nord-Süd-Achse steht für unterschiedliche Formen der kulturellen Integration, so der fortdauernde supraterritoriale Einfluss der

¹ Für die Herkunft des Namens »blaue Banane« gibt es unterschiedliche Angaben: Unstrittig ist, dass die Form dieses Industrie- und Dienstleistungsgürtels die Form einer Banane hat. Die Farbe Blau geht entweder auf die Fahne der Europäischen Union zurück oder auf die Farbe der Arbeitskleidung einfacher Arbeiter (»blue collar«).

Modell regionaler Strukturierung

| Schaubild 1



Quelle: Schätzl (1993: 28).

katholischen Kirche im Süden und der auf frühe Grenzschießung setzende Norden.

Als wichtig erweisen sich auch die konfessionellen Grenzen, welche Konflikte und nachhaltige Spaltungen hervorgebracht haben. Seit 1054 gab es keine einheitliche europäische Religion mehr, sondern eine Spaltung in drei Hauptreligionen, den Katholizismus, die orthodoxe Kirche und die lutherische Kirche (Remond 1999). Man könnte noch die jüdische Religion hinzufügen, aber sie war geografisch weit weniger konzentriert. Die Religionen stellten nicht nur einen bestimmten Glaubensbestand zu Verfügung, sie prägten auch spezifische Formationen gesellschaftlicher Organisation, ökonomischer Aktivitäten und das Verhältnis von

Staat und Kirche. Mit der Abspaltung der orthodoxen Kirche von Rom dominierte im Osten eine Konfession, die auf die enge Verbindung weltlicher und geistlicher Macht setzte. Die katholische Kirche behielt zwar ihren zentralistischen und hierarchischen Charakter, aber sie arrangierte sich mit einer Trennung von Staat und Kirche. Im Norden und Nordwesten Europas setzte sich der Protestantismus durch und mit ihm eine stärker rationalistische Weltsicht und säkulare Orientierung, die die Etablierung demokratischer Formen rationaler Machtausübung erlaubte. Diese Entwicklungen wurden von Max Weber (1934) in der »Protestantischen Ethik« untersucht, in der er die These vertrat, dass die moderne Wirtschaftskultur Europas auf einen spezifisch gearteten Rationalismus der okzidentalen Kultur zurückgeht. Sein Hauptargument lautet, dass die Verknüpfung der rationalen Ethik des aufstrebenden Protestantismus mit einer spezifischen Form des Wirtschaftens erklären kann, warum sich der moderne Kapitalismus nicht auf anderen Kontinenten gleichermaßen verbreitete, sondern in Europa seinen Ausgang nahm.

historische
Grenzen und
Formen der
Strukturierung

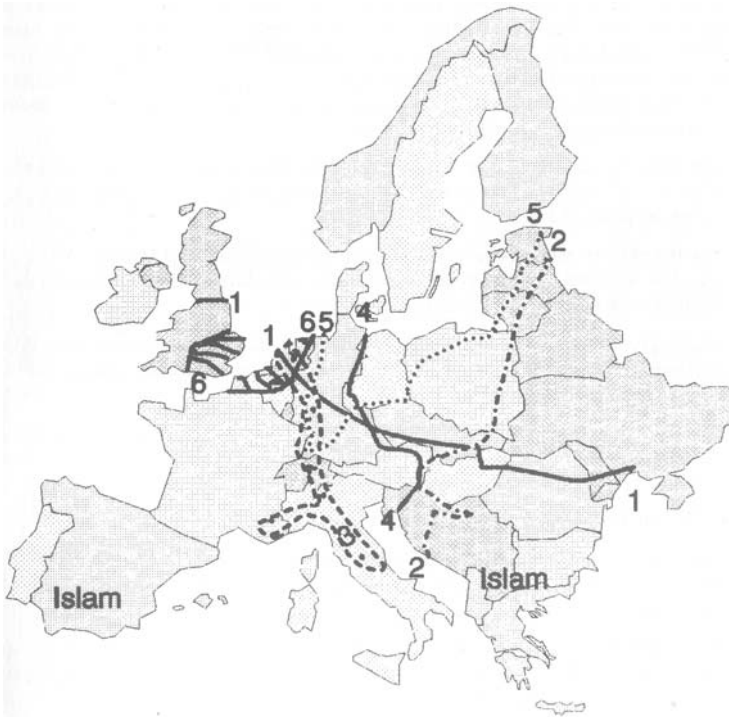
Schaut man auf die historischen Kulturgrenzen, die ökonomischen Spaltungen, die Grenzen ehemaliger Reiche und religiöse Grenzen, die sich als prägend für die Raumstruktur Europas erweisen, dann lassen sich nach Stefan Immerfall (1994: 38; 2006: 16ff.) folgende wichtige Grenzziehungen unterscheiden (Schaubild 2):

- die Grenzen des römischen Imperiums als Vermittler der griechisch-römischen Kultur (Untergang des Römischen Reiches 476),
- die römisch-byzantinische Reichsteilung von 395 und die Spaltung der Christenheit in die lateinische und die orthodoxe Kirche (abendländisches Schisma 1054),
- der mitteleuropäische Städtegürtel von den Alpen, den Rhein entlang bis zu den nordischen Städten mit großer Autonomie,
- die unterschiedlichen Entwicklungen auf dem Land ab 1500 mit der Gutsherrschaft und Großgrundbesitz im Osten (»zweiter Feudalismus«) und weniger autoritären und unterdrückenden Formen (Schicht der freien Bauern) im Westen,
- ab 1517 die durch die Reformation hervorgebrachte Spaltung der Kirche in die katholische (vor allem im Süden) und die evangelische Kirche (vor allem in Nordeuropa) und
- der Beginn einer langen Phase der Industrialisierung und der gesellschaftlichen Modernisierung in Nordwesteuropa im 16. Jahrhundert.

Zu dieser Karte könnte man auch noch die neuere und historisch kurzlebige Grenze zwischen sozialistischem und kapitalistischem Europa hinzufügen. Beginnend mit der russischen Oktoberrevolution 1917, der Gründung der Sowjetunion und der Formierung eines kommunistischen Länderblocks in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg entstand eine tiefe Spaltung in der Mitte des Kontinents. Auch nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus sind die Strukturunterschiede zwischen Ost- und Westeuropa nicht einfach verschwunden, so dass die Ost-West-

Historische Grenzziehungen

| Schaubild 2



Quelle: Immerfall (1994); historische Strukturgrenzen Europas: 1. 476: Einfluss mediterraner Antike, 2. 1054: Abendländisches Schisma, 3. Mitteleuropäischer Städtegürtel, 4. 1500: Grenze der Agrarverfassung, 5. 1517: Glaubenspaltung, 6. Atlantischer Kapitalismus.

Achse eine der wichtigsten Strukturierungen innerhalb des europäischen Raums darstellt (vgl. Teil 2). Allerdings gilt insbesondere für die osteuropäischen Länder, die der EU beigetreten sind, dass sich in vielen Bereichen Angleichungen beobachten lassen (Delhey 2003). Gleichzeitig entstehen neue Unterschiede zwischen den osteuropäischen Ländern, die die frühere Einheitlichkeit aufheben.

2.2 Europa als Raum von gemeinsamen Werten

Definition

Werte sind in einer Gesellschaft die überindividuellen Vorstellungen von etwas Wünschenswertem. Aus Werten leiten sich Normen (wie Gesetze, moralische Normen, informelle Gebote und Verbote) ab, die das Alltagshandeln bestimmen. In der Regel sind Werte auf bestimmte soziokulturelle Einheiten bezogen. Von europäischen Werten kann man sprechen, wenn diese auf die spezifischen kulturellen, religiösen und sozialen Traditionen Europas zurückgehen und innerhalb der europäischen Gesellschaften weit verbreitet sind.

religiöse und
ideen-
geschichtliche
Wurzeln

Im Zentrum dieses Buches stehen die 27 Mitgliedsstaaten der EU. Sie markieren den Raum der europäischen Integration und Gemeinschaftsbildung, innerhalb dessen sich zentrale sozialstrukturelle Perspektiven von Konvergenz und Verflechtung erarbeiten lassen. Wie schon im vorhergehenden Abschnitt deutlich wurde, sind historische Grenzziehungen Europas nicht mit dem geografischen Raum der EU identisch. Dies zeigt sich auch bei der Bestimmung Europas als Raum von gemeinsamen Werten und als Kulturraum. Die EU ist nicht exklusiver Träger europäischer Werte, aber die Mitgliedsländer der EU und die EU insgesamt sind in besonderer Weise durch spezifische Werte bestimmt (Lattes 2005). Mehr noch, die gemeinsamen Werte werden oft als Grundlage der Einigungsschritte angesehen (siehe Kapitel 11). Wenn wir heute von Europa sprechen, dann meinen wir in der Regel mehr als eine geografische Gestalt, sondern auch eine soziale, ideelle und politische Geschichte, die Europa von Asien trennt und Europa im Inneren verbindet. Der Tradition der griechischen Antike verdankt Europa den Aufbruch von Philosophie und Wissenschaft und die Hinwendung zu den Künsten. Die klassische Kultur der Griechen mit Homer, Platon und Aristoteles begründete auch institutionelle Vorformen von Demokratie und entdeckte den Bürger als Subjekt einer politischen Verantwortungsgemeinschaft. Der römischen Tradition verdanken wir die Rechtsordnung und die Gestaltung einer einheitlichen politischen Ordnung. Die christliche Herkunft europäischer Werte geht auf die hebräische Bibel und das dort vorherrschende Bild des Verhältnisses von Gott und Mensch zurück. Werte wie Nächstenliebe und Menschenwürde gehören zum Grundkanon dieser Tradition. Auch wenn die kulturelle Gestalt Europas zu großen Teilen aus diesen Wurzeln erklärt werden kann, ist Europa kein »christlicher Klub« im Sinne einer abgeschlossenen Glaubensgemeinschaft. Europa ist nicht nur mit der jüdischen Tradition so eng verzahnt, dass man von gemeinsamen christlich-jüdischen Traditionen sprechen kann, vom Islam gingen ebenfalls wesentliche Impulse für die europäische Entwicklung aus.

Weiterhin trat Europa seit dem 16. Jahrhundert verstärkt in seiner weltanschaulichen Dimension hervor, nämlich als Ort der Freiheit und der Aufklärung. Essenzielle Grundprinzipien wie die Gleichheit der Menschen, die Oberhand der Rationalität, die Herrschaftsbegründung, die Anerkennung individueller Rechte und

die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit bekamen ihren Platz im europäischen Wertekanon (Outhwaite 2008). Auch eine ganze Reihe von neuzeitlichen Werten ist eng mit der europäischen Entwicklung verknüpft, so zum Beispiel der Menschenrechtsgedanke. Obwohl universalistisch im Anspruch, markiert er den Aufstieg eines europäischen Konzepts der Gegenseitigkeit, Toleranz und der Anerkennung des Anderen. Während bis zum Beginn der europäischen Neuzeit noch soziale und ständische Hierarchien das Weltbild prägten, breiteten sich danach individualistische und egalitaristische Vorstellungen aus. Damit ging eine neue ethische Konstellation einher, nach der der Mensch ein freies Wesen sei und immer nur als Zweck, nie als Mittel benutzt werden dürfe (Sturma 2005). In seinen wesentlichen Zügen beinhaltet der Menschenrechtsgedanke zudem die Unveräußerlichkeit und Bedingungslosigkeit dieser Rechte, die Idee der individuellen Würde eines jeden Menschen, des Schutzes vor Verletzungen und Übergriffen gegen die Würde und die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Europäische Denker wie John Locke, Immanuel Kant oder Jean-Jacques Rousseau haben wesentliche Bestimmungen des Menschenrechtsgedankens entwickelt und seine weltweite Verbreitung befördert.

Die Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft in Europa brachte ein neues Gesellschaftsmodell auf die Tagesordnung, welches bis heute eine Leitfunktion besitzt. Statt ständischer Sozialstrukturen mit geringer sozialer Durchlässigkeit und askriptiven Statusrechten versprach der bürgerliche Gesellschaftsentwurf eine größere Gleichheit. Hier trat Europa in einen Dialog mit der »Neuen Welt«, den Vereinigten Staaten, die als einzige Zivilisation auf Augenhöhe betrachtet, teils sogar bewundert wurde – anders als Afrika, Asien oder Südamerika, welche als rückständig angesehen wurden. In den USA war von Beginn an der Begriff der Freiheit dem der Gleichheit ebenbürtig, so dass es eine große Akzeptanz ökonomischer Ungleichheiten und starke Vorbehalte gegen einen zu starken und unverteilenden Staat gab (Tocqueville 1959 [1835]). Im Gegensatz dazu verband sich das Streben nach Gleichheit in Europa immer mit einer stärkeren Fixierung auf den Staat, der als der zentrale Adressat für Ausgleichsforderungen angesehen wurde. Die schnellen Industrialisierungsfortschritte, wie die Massenproduktion in den Vereinigten Staaten, wurden von Europa mit einiger Faszination beobachtet; aber es mangelte auch nicht an Kritik, so an bestimmten Auswüchsen der »Konsumorientierung« oder der »Kulturlosigkeit« der Amerikaner.

der Wert der
Gleichheit

Alexis de Tocquevilles zwei Bände »Über die Demokratie in Amerika« (1959 [1835]) bieten einen reichen Fundus an Beobachtungen zu Kultur und Gesellschaft in den USA und Europa. Es ist eine umfassende Analyse demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen in den USA, welchen Tocqueville auch Modellcharakter für die europäischen Gesellschaften und insbesondere Frankreich zuschrieb. In der Demokratie Amerikas sah er den Wert der Gleichheit trotz ungleicher Vermögen und Einkommen verwirklicht, da durch die Abwesenheit ständischer Strukturen die Teilhabe an öffentlichen Angelegenheiten und die konfliktfreie Einigung der Interessen ermöglicht worden seien. Dagegen sei die Demokratie in Europa immer noch durch die Monarchie und alte Hierarchien »gefesselt«: Gleichzeitig war Tocqueville nicht unkritisch und warf die Frage auf, ob die amerikanische Demokratie in der Lage sein würde, auch den farbigen Bevölkerungsgruppen die Gleichheit der gesellschaftlichen Bedingungen zu gewähren.

das über- Wie man am Beispiel der USA sehen kann, ging es in den europäischen Selbst-
legene Europa beschreibungen oft um den Vergleich mit anderen Kontinenten und Regionen.
Zum Teil wurde die europäische Zivilisation zum Modellfall des weltweiten Wandels erklärt (Kaelble 2001; Lattes 2005). Die Übernahme universeller Werte, Rationalisierung, Demokratisierung und wirtschaftliche Modernisierung wurden hier als allgemeine Entwicklungsziele postuliert, die auch für andere Weltregionen Leitfunktion einnehmen. Allerdings ist die Abgrenzung dieser Pionierfunktion von allgemeinen Modellen der Modernisierung, die sich auf »evolutionäre Universalien« (Parsons 1979) bezieht, wie Marktwirtschaft, Geld, Bürokratie, Recht, meritokratisches Verteilungs- und Schichtungssystem, universell gültige Normen und demokratische Assoziation, nie ganz eindeutig gewesen. Auch hier wird ein generelles Entwicklungsmodell, welches auch für andere Länder seine Wirkung entfalten wird, angenommen, aber es handelt sich um kein europäisches Modell im engeren Sinne mehr, sondern um ein westliches Modernisierungsmodell (Zapf 1994). Der Bezug zu Europa wird vor allem über das kulturelle Vermächtnis des Abendlandes hergestellt, welches auch in den Vereinigten Staaten seine Spuren hinterlassen hat. In dieser Lesart sind die Vereinigten Staaten ein Ableger oder sogar eine Steigerung der europäischen Modernität. Die neuere Diskussion zu *multiple modernities* zeigt hingegen auf, dass es sehr unterschiedliche kulturelle und soziale Ordnungsmodelle waren, die gesellschaftliche Innovationen hervorbrachten und erfolgreich verbreiteten (Eisenstadt 2002). Daher greift die These zu kurz, die Moderne sei einzig europäisch zu verstehen oder vollständig aus dem Potenzial der europäischen Kultur hervorgegangen.

europäische In einem in der FAZ abgedruckten Essay definierten Jürgen Habermas und
Werte Jacques Derrida (2003) spezifisch europäische Werte im Kontrast zur politischen Theologie des Islamismus und des christlichen Fundamentalismus, wie er in den USA Gewicht hat. Sie sehen die aus leidvollen Erfahrungen erwachsene Säkularisierung, die Domestizierung staatlicher Gewaltausübung, die Rolle von Recht und Demokratie und die Verpflichtung auf soziale Gerechtigkeit gegenüber einem individualistischen Ethos der Leistungsgerechtigkeit als zentrale Bestandteile des europäischen Wertehaushaltes an. Als typisch europäische Werte können auch individuelle Freiheit, Toleranz, Innerlichkeit und Selbstverwirklichung angesehen werden (Joas/Wiegand 2005). Untersuchungen zu Werteinstellungen zeigen, dass die Europäer im internationalen Vergleich sehr tolerant, aufgeklärt und problembewusst sind, so im Hinblick auf Geschlechterrollen, Toleranz gegenüber Homosexuellen und die Einstellung zum Umweltschutz (Inglehart 1998).

Vielfalt und Die Frage nach den europäischen Werten lässt sich trotz dieser Verweise nur
Wandel schwer auf einen festen Kern zurückführen. Europa war immer »Einheit in der Vielfalt«, mit einer Vielzahl von internen Variationen und Selbstverständnissen und einer Vielzahl von Einflüssen. Diese Vielfalt allein wird häufig als eines der europäischen Charakteristika angeführt. Weiterhin ist Europa ein Ort des tiefgreifenden sozialen Wandels, so dass Veränderung und Dynamik als Teile des europäischen »Sonderweges« angesehen werden können: »Die wissenschaftliche Revo-

lution im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert, die marktliche und industrielle Revolution im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert, die demokratischen Revolutionen vom Ende des achtzehnten Jahrhunderts an haben Europa zu einem Pol der Veränderung in der Welt gemacht. Nichts blieb hier gleich und beständig.« (Wagner 2005: 496) Gleichzeitig war Europa der Ort schmerzvoller Erfahrungen von Krieg, Gewalt, Vertreibung und Totalitarismus. In der jüngeren Geschichte reicht die Erfahrung tiefer und gewaltreicher Konflikte vom Dreißigjährigen Krieg (1618 bis 1648) zwischen den weltlichen und religiösen Mächten über die Napoleonischen Kriege (1800 bis 1814/15) und die zwei Weltkriege des letzten Jahrhunderts bis zu den Auseinandersetzungen infolge des Zerfalls des früheren Jugoslawiens nach 1990. Dieses Erbe ist auch der Hintergrund für alle Anstrengungen zur Schaffung einer europäischen Friedensordnung und die Aussöhnung zwischen den Völkern.

Der politische Begriff Europas, wie wir ihn heute kennen, hat sich erst relativ spät entwickelt, und zwar im Zusammenhang mit politischen Einigungsbestrebungen. Er war auch immer ein Gegenbegriff zum übersteigerten Nationalismus, der Feindschaft und Rivalität der europäischen Völker zur Folge hatte. In der europäischen Geschichte hat es eine Reihe von paneuropäischen Entwürfen und Bewegungen gegeben: Unter der Prämisse, Frieden und Einheit unter ansonsten verfeindeten und im Konflikt liegenden regionalen Mächten zu erreichen, gab es immer wieder Intellektuelle und Staatslenker, die sich für die Idee eines geeinten Europas begeistern konnten, allerdings mit sehr unterschiedlichen Handschriften und machtpolitischen Interessen. Solche Entwürfe lassen sich schon sehr früh finden. Sie gehen zum Beispiel auf den »großen Plan« des Herzogs von Sully (1560 bis 1641) zurück, die Macht der Habsburger zu beschneiden und einen Europarat zu gründen, der sich mit den Problemen zwischen den europäischen Staaten befassen sollte, wie es ein nationales Parlament tun würde. Auch der Sozialutopist Saint-Simon (1760 bis 1825) kann als moderner Vordenker der Vereinigten Staaten von Europa gelten. Ihm ging es um eine Vereinigung der Völker Europas innerhalb des Rahmens einer gemeinsamen europäischen Verfassung, aber unter Beibehaltung ihrer nationalen Unabhängigkeit. Ähnlich Ideen lassen sich bei Victor Hugo finden, der auf dem 2. Internationalen Pazifistenkongress in Paris am 22. August 1849 eine Vereinigung europäischer Staaten forderte (Niess 2001).

das politische
Europa

2.3 Europa als Erfahrungs- und Lebensraum

Wir haben in den vorangegangenen Abschnitten betont, dass sich der historische Sozialraum Europa auf eine Reihe von Gemeinsamkeiten berufen kann. Europa ist keine zufällige Anordnung benachbarter Staaten, sondern durch eine spezifische territoriale Ordnung und ein Reservoir an kulturellen und ideengeschicht-

europäischer
Kommuni-
kations-
zusammen-
hang

lichen Gemeinsamkeiten geprägt. Hinzu kommt, dass es, trotz aller Konflikte und Abschottungstendenzen, umfangreiche Formen der Verflechtung und Kommunikation gab und gibt. Obwohl die Möglichkeiten des wechselseitigen Austausches in vergangenen Epochen deutlich beschränkter waren als heute, wenn man zum Beispiel an Kommunikationstechnologien und das Transportwesen denkt, so gab es in Europa dennoch einen transnationalen sozialen Raum mit verdichteten Sozialbeziehungen und sich überlappenden sozialen Kreisen. Mit der Schaffung neuer Transportwege, beispielsweise durch die Verbreitung der Eisenbahn im 19. Jahrhundert, aber auch den Ausbau der Wasserwege, war es zunehmend leichter, sich innerhalb Europas zu bewegen (Hansen 2001: 124ff.). Zwar gab es auch Kontakte über die Grenzen Europas hinaus, so durch den Handel mit China oder die Auswanderung in die Neue Welt, aber der Grad der Institutionalisierung und Verdichtung blieb weit hinter dem innereuropäischen Niveau zurück.

Vor der Ausbildung von Nationalstaaten und nationalen Kulturen war Europa ein »rechtlich pazifizierter, religiös organisierter und sozial breit verankerter Kommunikationszusammenhang« (Eder 2007: 188). Dazu trugen die Verbreitung des Römischen Rechts, die interethnische und internationale Organisation der katholischen Kirche, die Struktur der Königtümer, die Netzwerke unabhängiger Städte und das Aufblühen des Handels bei. Insbesondere die Organisation der katholischen Kirche mit ihrer zugleich zentralistischen wie dezentralen Struktur sorgte dafür, dass auf dem europäischen Territorium (und später auch darüber hinaus) ein Netz von Verbindungen entstand. Die Zugehörigkeit zur Kirche und die Durchdringung des lokalen Alltags fanden über die territorialen Grenzen der Fürstentümer hinweg statt. Die Glaubensgemeinschaften waren geografisch weit verstreut und mussten organisiert werden. Mönche reisten im Auftrag ihrer Orden, und Tausende Menschen nahmen an Wallfahrten teil. Die mannigfaltige Teilung Europas in unterschiedliche Macht- und Einflussphären führte daher nicht zum Abbruch von Kontakten, sondern es entstand eine spezifische Dynamik von Differenz und Zusammenhang.

die
europäische
Adelskultur

Bemerkenswert sind auch die engen Verbindungen der europäischen Adelshäuser, die über die gezielte Partnerwahl ein gesamteuropäisches Netz transnationaler Familien schufen. In den adligen Kreisen waren Multilingualität und die grenzüberschreitende soziale Erfahrung der Normalfall. Man traf sich zu festlichen Gelegenheiten, man heiratete untereinander, man besuchte sich und schuf politische Allianzen. Selbst der niedere und geografisch periphere Adel suchte Anschluss an die europäische Adelskultur, um den eigenen sozialen Status zu sichern und die durch die strengen Heiratsregeln auferlegten Restriktionen bei der Partnerwahl zu erweitern (Conze/Wienfort 2004). Seit Peter dem Großen orientierte sich auch der russische Adel kulturell nach (West-)Europa und war dadurch in die europäischen Adelskreise eingebunden. Auch nach der Abschaffung der Monarchie oder ihrer Rückstufung mit der Übernahme von politischer Macht durch gewählte Regierungen und Parlamente in vielen großen europäischen Ländern, blieben die europäischen Königs- und Adelshäuser miteinander verwoben.

Europa als Erfahrungs- und Lebensraum

Sozialer Austausch	Mobilität, Migration, familiäre Netzwerke vor allem des Adels
Ökonomischer Austausch	Handelsrouten, Bündnisse zwischen Städten und Regionen (zum Beispiel Hanse), Spezialisierung und Arbeitsteilung, Städte als Anziehungspunkte für Handel und Gewerbe
Kultureller Austausch	Studentenmobilität, Gelehrten- und Wissenschaftlernetzwerke, Verbreitung von Publikationen, innerhalb von Glaubensgemeinschaften

Eine ganze Reihe von gesellschaftlichen Schlüsselgruppen unterhielt enge Verbindungen über größere geografische Distanzen. Gereist wurde aus beruflichen, bildungsbezogenen, religiösen oder politischen Gründen. Bis zum Ersten Weltkrieg waren Wanderung und Mobilität weit weniger reguliert als heute, da es noch keine Pass- und Kontrollsysteme gab. Mobilität von Studierenden und Lehrenden zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen und über Ländergrenzen hinweg gehörte lange Zeit zur Kultur der europäischen Universität (Stichweh 2000). Bereits die ersten europäischen Universitäten agierten in einem gemeinsamen Hochschulraum (Wolter 2006). Mit dem *studium generale* gab es ein curriculares Kernelement der universitären Ausbildung, welches mobilitätsfördernd wirkte. Da die Ausbildungsbreite der Universitäten nicht sehr groß war und sich Wissen an bestimmten Orten konzentrierte, ging eine große Zahl von Studierenden auf Wanderschaft. Es gibt eine Tradition des Austausches zwischen Gelehrten und Wissenschaftlern, und die Bildungsbiografien des späten Mittelalters und der Renaissance muten aus heutiger Sicht sehr kosmopolitisch an. Ein Mann wie der Humanist Erasmus von Rotterdam, dem das größte europäische Mobilitätsprogramm, das Erasmus-Programm, seinen Namen verdankt, lebte und arbeitete in Italien, Frankreich, den Niederlanden und England und verstarb schließlich in Basel. Wanderarbeiter, Fahrensleute und Händler wanderten europaweit, um ihre Dienste anzubieten. Nicht immer waren diese Personen willkommen, vor allem das »fahrende Volk« wurde oft mit Argwohn und Vorbehalten belegt. Zwar gab es aus politischen oder ökonomischen Gründen auch Wanderverbote oder Reglementierungen, was den Zugang zu Märkten anging, aber diese waren nicht flächendeckend entwickelt (Demel 2000: 68). Im Leben eines Gesellen gab es die ritualisierte Phase der Wanderschaft, oft mit standardisierten Wanderrouten über Grenzen hinweg. Bestimmte Gewerke und Gewerbe wurden vor allem in einzelnen Nationen betrieben, und ihre Vertreter wurden dann in den verschiedenen Regionen Europas ansässig. Typisch war dies beispielsweise bei den Schneidern, Kunsthandwerkern und Goldschmieden.

frühe
Mobilitäts-
formen

Neben diesen kleineren Wanderungen gab es die Wanderungen großer Gruppen, oft ausgelöst durch materielle Not oder gesellschaftliche Konflikte, wie bei den Glaubensflüchtlingen der Frühen Neuzeit, etwa den Niederländern im 16. Jahrhundert oder den Böhmen und protestantischen Salzburgern im 17. Jahrhundert. Zwischen 1685 und 1705 verließen mehr als 150.000 Reformierte Frankreich, um der Konversion zum Katholizismus zu entgehen. Sie waren auf fremdem Territorium oft willkommen und wurden zum Teil von konfessionell ver-

Massen-
wanderungen

bundenen Landesherren angeworben. Anwerbung war auch für viele Formen der Arbeitsmigration gang und gäbe. Im 17. Jahrhundert holte Friedrich Wilhelm I. gezielt Fremde (zum Beispiel Franzosen und Niederländer) in das vom Dreißigjährigen Krieg verwüstete Land. Seine Peuplierungspolitik, also die Steigerung der Bevölkerungszahl durch die Ansiedlung größerer Personengruppen, sah Menschen zuallererst als Ressource, die die Macht des Staates vergrößerte. Ende des 19. Jahrhunderts wanderten dann Tausende Polen in das Ruhrgebiet ein und deckten den Arbeitskräftebedarf im Steinkohlebergbau. Ähnliche Beispiele lassen sich aus anderen Ländern berichten, so aus England, Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Aus historischer Perspektive sind diese Wanderungen in eine Reihe mit der Arbeitsmigration aus Europas Peripherien in die industriellen Zentren Europas in den 1950er- und 1960er-Jahren zu stellen (Bade et al. 2008).

das Zusammen-
leben in
den Städten

Durch Mobilität kam es vielerorts zu einer ethnischen, kulturellen und sozialen Durchmischung der Bevölkerung. Viele große Städte sowie Hafen- und Handelsplätze waren im heutigen Sinne multikulturell (Therborn 1995), wobei Zuwanderer aber meistens nicht gleichberechtigt in die soziale Ordnung eingegliedert, sondern nur über eingeschränkte Statusrechte verfügten (Knittler 2000). Es gab jedoch auch Gruppen, die sich gesellschaftlichen Status über ökonomische Erfolge erkämpfen konnten. Nicht zuletzt gab es schon immer ethnische Segregation innerhalb der städtischen Siedlungsformen. Diese reichten von Quartiersbildungen bis hin zu Gettoisierungen, was bedeutete, dass »fremde« Gruppen nur an einem bestimmten Ort sesshaft werden durften und der Kontakt mit anderen Gruppen starker sozialer Kontrolle unterlag. Freier war das Klima in zahlreichen Bade- und Kurstädten des 18. und 19. Jahrhunderts. Davos, Karlsbad und Nizza hatten ein internationales Flair und waren Treffpunkte der europäischen Oberschicht.

Verflechtung
und
Segmentierung

Es ist davon auszugehen, dass die unmittelbare soziale Erfahrung eines europäischen Mobilitäts- und Kommunikationsraums nur bestimmte soziale Gruppen einschloss, aber dennoch verbreitete sich über schriftliche Berichte, Erzählungen und Kontakt mit Fremden ein Bild über andere Orte und Kulturen des Kontinents. Es berührte auch die immobilen Gruppen und jene, die mangels Lese- und Schreibkompetenz nur unzureichende Möglichkeiten der Kommunikation durch Briefe hatten. Diese früheren Verflechtungen legten den Grundstein für spätere Formen der paneuropäischen Transnationalisierung, auch wenn durch die Bildung der Nationalstaaten mit ihrer Betonung von Territorialität und territorialer Kontrolle, die kriegerischen Auseinandersetzungen des 19. und 20. Jahrhunderts und die Ost-West-Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg ein Teil der Austauschbeziehungen wieder zurückgedrängt wurden.

3 Sozialstrukturelle Charakteristika Europas

In dem vorangegangenen Kapitel ist ein Einblick in die räumliche Struktur Europas, die gemeinsame Wertebasis und Formen der Verflechtung und Verbundenheit gegeben worden. Damit sollte gezeigt werden, dass bestimmte Gemeinsamkeiten und soziale Grundkonstellationen vorhanden sind, die dem gegenwärtigen Integrationsprozess zugrunde liegen. Allerdings ist Europa auch durch eine große Diversität geprägt, die auf die Prozesse der Nationalstaatsbildung zurückzuführen ist. Der Staatenbildungsprozess im 18. und 19. Jahrhundert nahm seinen Ausgang in der Errichtung von Territorialstaaten, die dann über die Bildung von nationalen Institutionen in der Lage waren, sich als Nationalstaaten zu etablieren. Der Prozess beinhaltete die politisch-administrative, rechtliche und kulturelle Durchdringung und Vereinheitlichung gesellschaftlicher Bereiche (Münch 2001: 183). Mit diesem Gesellschaftsmodell verwirklichte sich eine spezifische Form der sozialen Organisation, die durch Abgrenzung nach außen und Binnenintegration gekennzeichnet ist (Rokkan 2000). Giddens (1995: 24f.) macht dies zum Markenzeichen moderner staatlicher Formationen: »Moderne Gesellschaften (oder Nationalstaaten) weisen zumindest in mancher Hinsicht eine deutlich bestimmte Abgrenztheit auf. [...] Es hat praktisch keine vormodernen Gesellschaften gegeben, die ebenso deutlich abgegrenzt waren wie die Nationalstaaten der Moderne.«

Staatenbildung
als horizontale
Segmentation

Ein Staat ist eine politische Einheit von Menschen (Staatsvolk) innerhalb eines abgegrenzten geografischen Raumes (Staatsgebiet) mit einer souveränen Herrschaftsgewalt (Staatsgewalt) über sein Gebiet und die auf ihm befindlichen Personen und eigenen Staatsbürger. Das Staatsvolk umfasst alle Personen mit derselben Staatsangehörigkeit. Die Staatsangehörigkeit wird entweder durch Geburt oder durch Einbürgerung erworben. Bei dem Erwerb durch Geburt kann man zwei Prinzipien unterscheiden: das Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*), bei welchem die Staatsangehörigkeit der Eltern ausschlaggebend ist, und das Territorialprinzip (*ius soli*), bei dem entscheidend ist, auf welchem Staatsgebiet das Kind geboren wurde. Abweichend vom Begriff des Staatsvolkes bezeichnet Nation eine Gruppe, die durch Gemeinsamkeiten wie Sprache, Kultur, Geschichte oder Abstammung charakterisiert ist, wobei man grundsätzlich zwischen ethnischen Konzeptionen der Nation und stärker auf kulturelle Leistungen (Kulturnation) abhebenden Konzeptionen unterscheiden kann.

Man kann sagen, dass nationalstaatliche Schließung und die Durchsetzung einer territorialisierten Form der Integration einer Gesellschaft wichtige Charakteristika der europäischen Form der Vergesellschaftung sind. Das bedeutet aber nicht, dass mit der Herstellung des nationalstaatlichen Ordnungsmodells die bestehenden Gemeinsamkeiten zwischen den europäischen Gesellschaften aufgehoben wurden. So kann trotz großer sozialer und institutioneller Vielfalt und trotz vorhandener Unterschiede in Tempo und zeitlichem Verlauf für die europäischen Gesellschaften ein gemeinsamer Kern der Entwicklung identifiziert werden. Oft wird dieser als Modernisierungsprozess bezeichnet (vgl. Hradil/Immerfall 1997). In der Soziologie beschreibt der Begriff der Modernisierung den Übergang von traditionellen Gesellschaften zu modernen Gesellschaften, in der Regel verbunden mit einer tiefgreifenden Veränderung gesellschaftlicher Organisation und

Modernisierung,
Industrialisie-
rung und
Europa

Orientierung. Entscheidend dafür waren Prozesse der Industrialisierung, durch welche sich neue Formen der gesellschaftlichen Organisation, der materiellen Grundlagen der Gesellschaft und der Wertschöpfung durchsetzten, die auch einen Umbau der Sozialstruktur nach sich zogen. Diese umfassten die zunehmende Arbeitsteilung und gesellschaftliche Differenzierung, die Durchsetzung eines auf die Berufshierarchie ausgerichteten Schichtungssystems, die Standardisierung des Lebensverlaufs, die räumliche Trennung von Familie und Erwerb und die Formalisierung von Erwerbsverhältnissen. Europa ist der Ort, an welchem sich dieses industriegesellschaftliche Modell besonders stark durchsetzte und noch heute die Konturen der Sozialstruktur bestimmt. Mit der Industrialisierung entwickelte sich auch eine kapitalistische Klassengesellschaft, die sich im Laufe der Zeit zunehmend ausdifferenzierte. Schließlich ist Europa auch der Ort des institutionalisierten Klassenkompromisses und der Herausbildung recht umfassender sozialpolitischer Interventionsformen. In den folgenden Abschnitten sollen diese Aspekte nacheinander beleuchtet werden, um genauer zu bestimmen, in welcher Weise sich von einem europäischen Gesellschaftsmodell sprechen lässt.

3.1 Das europäische industriegesellschaftliche Modell

Definitionen

Industrialisierung bezeichnet die Erhöhung des Anteils industrieller Produktion an der Wertschöpfung eines Landes und die Veränderung der Produktionsformen: weg von individuell-handwerklichen und landwirtschaftlichen Tätigkeiten hin zu standardisierten und automatisierten Verfahren. Mit der Industrialisierung gehen umfassende Umwälzungsprozesse wie Urbanisierung, Bevölkerungswachstum, Entstehung der Industrie-
arbeiterschaft und ein Wandel der Lebens- und Familienformen einher.

Als Urbanisierung versteht man die Wanderung der Landbevölkerung in den städtischen Raum und die Entstehung von Zentren der Agglomeration. Diese Wanderung wird vor allem durch ein Überangebot an Arbeitskräften im ländlichen Raum ausgelöst, welches zum Beispiel durch Bevölkerungswachstum hervorgerufen werden kann. Im Zeitalter der Industrialisierung wurden diese freiwerdenden Arbeitskräfte von den neu entstehenden Produktionsstätten in den Städten absorbiert. Neue, urbane Siedlungsformen entstanden.

Die industrielle Revolution

Strukturwandel
in Erwerb und
Produktion

Bis zum 19. Jahrhundert war Europa agrarisch und ländlich geprägt, erst dann begann eine rapide Phase der Industrialisierung. Industrialisierung heißt, dass größere Mengen produziert, effizientere Produktionsketten entwickelt, die bekannten Energieträger besser genutzt werden und eine weitreichende Umgestaltung des Arbeitsprozesses vorgenommen wird (Cipolla 1972–76; Hansen 2001; Landes 1969). Die industrielle Revolution bewirkte, dass die Menschen aufgrund maschineller und technologischer Innovationen in der Lage waren, die Arbeitsproduk-